



Als Prinz Charles im Juli dieses Jahres die Soldaten der Princess Royal Barracks an der Marienfelder Straße besuchte, war noch keine Rede von einem beschleunigten Truppenabzug. Bild: Dünholter

Vorerst mehr Fragen als Antworten

Von unserem Redaktionsmitglied GERRIT DINKELS

Gütersloh (gl). Dass die britischen Streitkräfte nicht ewig in Gütersloh bleiben würden, war jedem klar, der sich mit der Frage beschäftigte. Doch dass es jetzt so schnell gehen soll, nämlich bis 2020, hat fast alle überrascht. Der beschleunigte Abzug wirft eine ganze Kaskade von Fragen auf.

Eigentlich muss es heißen: angetreter Abzug bis 2020, denn selbst bei den Streitkräften weiß noch niemand so genau, wie die politische Vorgabe der Regierung umgesetzt werden soll. Es sei jetzt Aufgabe der Heeresführung, das zu klären, sagte Sprecher Mike Whitehurst der „Glocke“. Vor

2011 werde es kein Ergebnis geben. Auch in Großbritannien müssten Infrastruktur und Wohnungen für die Heimkehrer bereitgestellt werden.

Mit den Briten wird der Region ein beträchtlicher Wirtschaftsfaktor verloren gehen. Die Familien fallen als Konsumenten weg. Sie kaufen in den Geschäften ein, nutzen die Freizeitangebote wie die „Welle“ und die Kinos, sind Gäste der heimischen Gastronomie und Kunden des Handwerks. Von einer Kaufkraft von bis zu 100 Millionen Euro jährlich war bislang die Rede. Entsprechende Umsatzeinbußen von fünf Prozent und mehr fürchtet der Gütersloher Einzelhandelsvorsitzende Rainer Schorch. Vom Wohnungsbau in und au-

ßerhalb der Kasernen haben heimische Firmen als Auftragnehmer profitiert. Der Standort Gütersloh ist in den vergangenen sieben Jahren kräftig ausgebaut worden mit Wohnungen und einen Naafi-Shop. 2003 nach dem Aus für den Geschäftsbetrieb hatten die Briten ein Investitionsprogramm von knapp 120 Millionen Euro bis 2011 angekündigt.

Die Wohnungen im Stadtgebiet gehören zu einem großen Teil dem Bund, sind zum Teil aber auch von privaten Investoren eigens für die Briten errichtet worden. Wenn sie nach und nach frei werden und zum Verkauf stehen, dürfte das Auswirkungen auf Mieten und Immobilienpreise haben.

Für den städtischen Haushalt hat der Abzug der Briten unmittel-

bar begrenzte Folgen. Zurzeit erhält die Stadt vom Land eine pauschale Zuweisung von einer Million Euro im Jahr für die hier stationierten Streitkräfte. Die Zuweisung sei in der Vergangenheit auch schon mal gestrichen worden und für die nächsten Jahre noch nicht gesichert, sagte Norbert Monscheid, Leiter des Fachbereichs Finanzen. Ein anderes Thema sind die freierwunden Flächen. Sie stellen nach den Worten des Stadtplaners Michael Zirbel ein „sehr willkommenes Entwicklungspotenzial dar“. In ihrem Gewerbeflächenkonzept habe die Stadt nicht ohne Grund 30 Hektar am südlichen Rand des Flughafens verankert. „Das hatte einen strategischen Hintergrund.“

Landrat lädt zu Gespräch

Die Abzugsankündigung werde keine Auswirkungen auf das jüngst beschlossene Gewerbeflächenkonzept haben, sagte Zirbel weiter („Auf keinen Fall“). Das sei kurz- und mittelfristig angelegt. Auf der anderen Seite stelle sich die Frage, was mit den mehr als 300 Hektar Fläche geschehen solle. So viel Gewerbe könne man dort gar nicht ansiedeln. Gedanken müsse man sich auch machen, was mit den zumeist dreigeschossigen Gebäuden der Kasernen an der Marienfelder Straße und an der Verler Straße geschehen solle. Was das Thema Wohnen anbelange, wolle die Verwaltung ohnehin demnächst einen Handlungsleitfaden entwickeln.

Die CDU-Ratsfraktion sprach sich gestern dafür aus, die Verwaltung zu beauftragen, sie möge die Auswirkungen des Truppenabzugs untersuchen vor allem mit Blick auf die Stadtplanung, den Wohnungsmarkt, den Einzelhan-

del und andere Bereiche des öffentlichen Lebens. Aus den Ergebnissen sollen Maßnahmen zur Abfederung der negativen Auswirkungen auf den Standort Gütersloh“ abgeleitet werden. Auf das im September vom Rat verabschiedete Gewerbeflächenkonzept hat die Entscheidung der britischen Regierung auch nach Ansicht der CDU „keine Auswirkung, da es darum ging, kurzfristig zu erschießende Gewerbeflächen zur Verfügung zu stellen“.

Landrat Sven-Georg Adenauer hat für nächste Woche die Spitzen der betroffenen Kommunen Gütersloh, Herzebrock-Clarholz und Harsewinkel sowie Vertreter der Pro Wirtschaft GT, der ruhenden Flughafengesellschaft, der Bezirksregierung, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) als Flächeneigentümerin und der Briten zu einem Gespräch einladen, um gemeinsam zu überlegen, was man tun kann.



Heimische Firmen haben in den vergangenen Jahren von Aufträgen für Neubauten und Sanierungen in den beiden Gütersloher Kasernen, hier die Princess Royal Barracks, profitiert. Bilder (2): Dinkels



Neu beantwortet werden muss die Frage nach einer künftigen Nutzung des Flughafens für den Geschäftsfugbetrieb. Ohne britische Flugsicherung gilt dessen Wiederaufnahme schon aus Kostengründen als unwahrscheinlich. Das Bild zeigt den Tower.

Stellungnahmen

Landrat Sven Georg Adenauer (CDU) sagte, der Abzug der Briten sei wirtschaftlich und menschlich ein Verlust. Die heimische Wirtschaft habe von den Aufträgen profitiert, der Handel von der Kaufkraft, und es seien viele freundschaftliche Beziehungen gewachsen. Das könne man nicht ohne weiteres kompensieren. Die Entscheidung sei nun gefallen, und man müsse das Beste daraus machen. Der ohnehin rügendwandel anstehende Abzug stelle aber auch eine „Chance für die Region“ dar. Das dann freierwundene Areal an der Marienfelder Straße biete eine enorme Entwicklungsmöglichkeit unter anderem für das Thema Gewerbeflächen.



„Die Schließung der Standorte der britischen Armee bis 2020 stellt die gesamte Region Ost-

westfalen-Lippe vor große Herausforderungen“, erklärte der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Brandner. Ohne Frage sei der Weggang von rund 25 000 Menschen aus Ostwestfalen-Lippe ein großer Verlust für die Region. Im Wandel hin zu zivilen Nutzungen wie zum Beispiel bei der Schaffung neuer Gewerbeflächen und der Umnutzung bisheriger militärischer Liegenschaften lägen aber Chancen für die wirtschaftlich starke Region. Insbesondere bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze sei die Wirtschaft stärker denn je gefordert. Jetzt müsse zügig mit den Briten gesprochen werden, wie der angekündigte Abzug gestaltet werden solle.



Betroffen ist auch der Gütersloher Einzelhandel. „Wir sind sehr traurig, dass die Briten abziehen“, sagte der Vorsitzende Rai-

ner Schorch. Je nachdem, welche Zahl man bei den Briten zugrunde lege, verliere der heimische Handel zwischen 5 und 14 Prozent Umsatz.

Der Naafi-Shop auf dem Flughafengelände werde nur während der Dienstzeit genutzt und habe ein begrenztes Sortiment. Die Soldaten, die im Feld nicht konsumieren könnten, seien in ihrer Freizeit sehr konsumfreudig. Das gelte auch für den gesamten Unterhaltungssektor und die Gastronomie. Auf der anderen Seite könne man den Abzug auch als Chance betrachten. Wenn die Bundesvermögensverwaltung die Immobilien verkaufe, sei die Versorgung mit Wohnraum auf lange Sicht gesichert. Das Flughafengelände eröffne die Chance auf neue Gewerbeflächen und eine Wiederaufnahme des Geschäftsfugbetriebs. (din)

